

19.8.2020



Pressemitteilung

AUF Gelsenkirchen klagt gegen Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz NRW“

Das überparteiliche Kommunalwahlbündnis AUF Gelsenkirchen hat am 12. August zusammen mit den kommunalen Wahlbündnissen AUF Witten, NV AUF geht's Neukirchen-Vluyn und BergAUF Bergkamen vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen erhoben (Az.: 20 K 4760/20) und Eilantrag (Az.; 20 L 1580/20) gestellt. Der Grund dafür ist die Nennung der Kommunalwahlbündnisse im Verfassungsschutzbericht 2019. Die kommunalen Wahlbündnisse fordern die Streichung der haltlosen Unterstellungen im Verfassungsschutzbericht, der im Juni 2020 veröffentlicht wurde.

Dazu Jan Specht, Stadtverordneter von AUF Gelsenkirchen und Spitzenkandidat von AUF zur Kommunalwahl: *„Es ist besonders diffamierend, dass wir im Verfassungsschutzbericht 2019 im Index unmittelbar nach der islamistisch verbrämten faschistischen Terrororganisation Al-Qaida genannt werden. Es ist eine massive Diffamierung und Wahlbehinderung, die wir uns nicht gefallen lassen können. Unter anderem erfolgt auch deshalb die Klage.“*

Zum Vorwurf des Verfassungsschutzberichts und von NRW-Innenminister Herbert Reul, die unterschiedlichen Wahlbündnisse mit dem Kürzel AUF seien ein „struktureller Unterbau“ der MLPD erklärt Jan Specht weiter:

„Das ist nun wirklich Blödsinn. Es ist bekannt, dass wir Marxisten-Leninisten nicht ausgrenzen und uns auch von niemandem dazu drängen lassen. Nur Faschisten, Nationalisten und religiöse Fanatiker sind bei uns ausgeschlossen. Marxisten-Leninisten arbeiten bei uns gleichberechtigt auf Augenhöhe mit. Sie sind als solche bekannt und auch beliebt und geschätzt. Zu behaupten,

Kommunalwahlbündnis
AUF - Gelsenkirchen

Schmalhorststr. 1c
45899 Gelsenkirchen

Telefon 0157 / 35654065
buero@auf-gelsenkirchen.de

Jan Specht
Stadtverordneter
jan.specht@
auf-gelsenkirchen.de

<https://twitter.com/JanSpecht>
AUF_GE

Dagmar Brettschneider
AUF Vorstand

19.8.2020



dass MLPD-Mitglieder quasi unerkant bei AUF als ‚U-Boot‘ agieren, zeugt von der Arroganz gegenüber den Mitgliedern von AUF, die in keiner oder in einer anderen Partei sind. Ebenso gegenüber den MLPD-Mitgliedern, die ihre Weltanschauung nicht verstecken.

Anstatt überparteiliche Kommunalwahlbündnisse zu diffamieren, sollte der Verfassungsschutz lieber seine eigenen Verstrickungen mit ultrareaktionären, faschistoiden und faschistischen Personen und Organisationen überprüfen. Von ihm geht eine Gefahr für die Demokratie aus, und nicht von den überparteilichen Kommunalwahlbündnissen.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung,

Jan Specht
Stadtverordneter

Dagmar Brettschneider
AUF Vorstand